

## Interpellation Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar/Fuat Köçer, SP): Volksschule und Chancengerechtigkeit: Dein Wohnort bestimmt, was Du wirst?

Sowohl die Bildungsstrategie der Stadt Bern aus dem Jahr 2016 als auch die Legislaturrichtlinien aus dem Jahr 2017 enthalten konkrete Zukunftsbilder und Themenschwerpunkte: «..., dass Berner Kinder und Jugendliche ihre Potenziale unabhängig von Geschlecht, kultureller oder sozialer Herkunft und physischen oder psychischen Einschränkungen nutzen können. Dazu notwendig sind eine gesunde Entwicklung wie auch ein bedarfsgerechtes Angebot von Frühförderung, Kindertagesstätten und Ganztageschulen bis zu Anschlusslösungen nach der obligatorischen Schulzeit.»<sup>1</sup> Mit der Interpellation der Fraktion SP/JUSO «Fördern unsere Schulmodelle die Chancengerechtigkeit?» (Geschäfts-Nr. 2018.SR.000077) wurde der Gemeinderat gebeten, Fragen bezüglich der Modellwahl und deren Durchlässigkeit im Hinblick der Chancengerechtigkeit zu beantworten. Mit der Antwort vom 04.07.2018 zeigt der Gemeinderat leider mangelnde Führung zur Zielerreichung des oben zitierten Grundsatzes und verweist lediglich darauf, dass es die einzelnen Schulen besser wissen, welches der drei mehr oder weniger durchlässigen Modelle 3a (Manuel), 3b (Spiegel) oder 4 (Twann) zum Quartier passt.

Eine Zusammenstellung der Sekundar-Übertritts-Quoten nach Schulkreisen aus den Jahrbüchern der Stadt Bern zeigt, dass es sehr grosse Unterschiede und Auffälligkeiten innerhalb der Stadt gibt (so nimmt die Sekundar-Übertritts-Quote zum Beispiel in Bethlehem ab, während sie in der Länggasse-Felsenau kontinuierlich zunimmt):

Jahr	Bethlehem	Breitenrain-Lorraine	Bümpliz	Kirchenfeld-Schosshalde	Länggasse-Felsenau	Mattenhof-Weissenbühl	Stadt Bern
1999	39%	58%	44%	66%	59%	51%	53%
2000	38%	58%	44%	65%	59%	47%	51%
2001	36%	54%	39%	67%	61%	51%	51%
2002	38%	59%	38%	69%	60%	53%	52%
2003	35%	55%	40%	69%	53%	53%	51%
2004	37%	54%	38%	67%	57%	57%	52%
2005	34%	55%	46%	69%	59%	54%	52%
2006	39%	57%	46%	71%	60%	63%	55%
2007	45%	63%	47%	72%	59%	66%	59%
2008	39%	65%	48%	72%	61%	65%	58%
2009	38%	66%	50%	72%	67%	63%	59%
2010	38%	61%	47%	68%	71%	62%	57%
2011	39%	56%	51%	71%	78%	59%	58%
2012	44%	60%	50%	74%	73%	59%	59%
2013	40%	62%	54%	71%	73%	61%	60%
2014	37%	67%	52%	74%	68%	65%	60%
2015	33%	70%	55%	77%	74%	72%	63%
2016	37%	65%	48%	78%	74%	66%	62%
2017	32%	72%	48%	77%	73%	68%	62%

Anmerkung: alle Zahlen ohne Gewähr

<sup>1</sup> Stadt der Beteiligung, Legislaturrichtlinien 2017-2020 vom 01.06.2017, Kapitel Bildung und Chancengerechtigkeit

Im Evaluationsbericht zur Umsetzung des Integrationsartikels von 2014 wurde seitens der Stadt Bern festgehalten, dass «Eltern und Kinder wurden in der Evaluation aus Kostengründen nicht befragt. Eine solche Befragung hätte ein klareres Bild über die Zielerreichung der Chancengerechtigkeit gegeben. Chancengerechtigkeit anzustreben ist eine Verpflichtung (Menschenrechtskonvention/Nachteilsausgleich) und Herausforderung. Sie ist ebenfalls im Schulreglement, im Integrationskonzept und der Bildungsstrategie verankert».<sup>2</sup>

Wir bitten deshalb den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Sind dem Gemeinderat die unterschiedlichen Sekundar-Übertritts-Quoten in der Stadt bewusst?
2. Wie erklärt sich der Gemeinderat diese gravierenden Unterschiede zwischen den Schulkreisen?
3. Kann es sein, dass die Schulmodelle einen Einfluss haben?
4. Wurde die Befragung von Eltern und Kind, wie im Evaluationsbericht erwähnt, durchgeführt? Falls Nein, wieso nicht? Falls Ja, was sind die Ergebnisse und Erkenntnisse?
5. Wie überprüft der Gemeinderat, dass die Schulleitungen und die Schulkommissionen die Fragen der Chancengerechtigkeit in ihre strategischen und operativen Entscheide einbeziehen?
6. Welche messbaren Ziele wurden den Schulen für ihre strategischen und operativen Entscheide bezüglich Chancengerechtigkeit festgelegt? Falls Nein, wieso nicht? Falls Ja, was sind die Ergebnisse und Erkenntnisse?
7. Welche schulischen Unterstützungsmassnahmen sind vorhanden, um gezielt Kinder und Jugendliche aus weniger privilegierten Bevölkerungskreisen zu fördern und zu unterstützen?
8. Wie werden diese Unterstützungsmassnahmen auf ihre Zielerreichung überprüft und allenfalls korrigiert?
9. Wie kann sich die (Quartier-)Bevölkerung in der Stadt der Beteiligung bezüglich der Zusammenarbeitsform in den Volksschulen einbringen und teilhaben?
10. Ist alles bestens bezüglich Chancengerechtigkeit oder besteht aus Sicht der Gemeinderates Handlungsbedarf?
11. Ist der Gemeinderat auch der Meinung, dass der Wohnort eines Kindes und Jugendlichen bestimmt, welchen Bildungsweg er/sie einschlägt und was aus ihm/ihr wird?
12. Die Differenzen zwischen den Quartieren bezüglich Sek-Übertritt sind in den vergangenen 20 Jahren klar gewachsen. Welche Erklärungen hat der Gemeinderat diesbezüglich?
13. Hat der Gemeinderat wirklich Interesse daran, die Chancengerechtigkeit zu fördern? Wenn ja, welche Massnahmen könnten ergriffen werden?
14. Gibt es Vergleichswerte mit Städten, die ein einheitliches Sek-Modell haben?

Bern, 28. November 2019

*Erstunterzeichnende: Timur Akçasayar, Fuat Köçer*

*Mitunterzeichnende: Ayse Turgul, Laura Binz, Nadja Kehrl-Feldmann, Katharina Altas, Mohamed Abdirahim, Lisa Witzig, Bernadette Häfliger, Nora Krummen, Lena Sorg, Ingrid Kissling-Näf, Michael Sutter, Szabolcs Mihalyi, Marieke Kruit, Patrizia Mordini, Martin Krebs, Edith Siegenthaler, Barbara Nyffeler*

---

<sup>2</sup> Evaluation der Umsetzung des Integrationsartikels in der Volksschule der Stadt Bern: Bericht zu den Handlungsfeldern vom 14.12.2016/ Nr. 29 «Chancengerechtigkeit stärken»